



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

langten, und traten eilig ein. Seine Mutter stand am Fußende seines Bettchens, und er selbst lag so still, daß wir glaubten, er schlief. Seine Augen waren aber weit geöffnet, und als er uns erblickte, winkte er mit der Hand.

Hier ist das echte Krambambuli, sagte ich, mich über ihn beugend, und er lächelte glücklich.

Das echte, wiederholte er mit leisem Lachen, und morgen — spiele ich wieder!

Seine Glieder streckten sich, noch einmal lachte er uns an, dann schloß er die Augen, und ein starrer Zug trat in sein Gesicht: er war tot. —

Nun spielt Karl mit den Engeln! sagte unser jüngerer Bruder vergnügt, als der kleine schwarze Sarg bei unserm Hause vorbeigetragen wurde. Und dieser Gedanke trocknete auch unsre Thränen. Im Himmel zu spielen war doch noch besser, als auf der Erde Krambambuli zu trinken.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der „Fall Limburg-Stirum“ und die Parteien. Wie sehr alles, was geschieht, von den öffentlichen Blättern nur vom Standpunkte des engherzigsten parteipolitischen Interesses betrachtet wird, und wie wenig Raum innerhalb des Gesichtskreises derer, die den Beruf in sich fühlen, die öffentliche Meinung zu vertreten, das allgemeine Interesse und die Erwägungen der Gerechtigkeit finden, dafür bietet der gegenwärtig lebhaft erörterte „Fall Limburg-Stirum“ einen deutlichen Beweis. Abgesehen von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem, wie in manchem andern Punkte, so auch in diesem von der Regierung offenbar benutzten „Hamburgischen Korrespondenten“ haben wir nirgends eine wirklich würdige Beurteilung dieser Disziplinarsache gefunden. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken war es dieselbe verfehlte Grundanschauung, von der man ausging, überall erschien in gleichem oder doch annähernd gleichem Maße der Gerechtigkeitsinn durch das parteipolitische Interesse getrübt. Während man auf der Rechten in heftigen Zorn geriet und das Vorgehen gegen einen ungehorsamen Beamten als eine Verletzung der konservativen Partei bezeichnete, weil dieser Beamter ein konservativer Landtagsabgeordneter war und die Auslassung, um deretwegen er zur Verantwortung gezogen werden sollte, den Anschauungen der Mehrheit dieser Partei entsprach, rief man sich links vergnügt die Hände und sagte: „Da habt ihr's! Als unsere Parteigenossen wegen politischer Umtriebe verfolgt wurden, habt ihr der Regierung zugestimmt. Jetzt zürnt ihr, wenn sich der Spieß einmal gegen einen der Euern kehrt.“ Als politisch verfehlt bezeichnet das Organ der Mitte, die „Kölnische Zeitung“, die Maßregel, über deren formelle Unanfechtbarkeit nirgends ein Zweifel besteht, und sie glaubt, oder wie es wohl von ihrem Standpunkt aus aufrichtiger heißen müßte, sie „hofft“, daß die Maßregel die Strömung gegen den neuen Kurs noch verstärken werde. So

macht sich überall ein kleinliches Fraktionsinteresse bei der Beurteilung eines Falles geltend, der mit parteipolitischen Erwägungen garnichts zu thun haben sollte. Was die Gerechtigkeit, was die in einem geordneten Staatswesen unumgänglich notwendige Disziplin des Beamtenstandes erfordert, darnach fragt niemand. Und doch ist dies die einzige Frage, die hier zu stellen und zu beantworten ist.

Dem was ist geschehen? Ein Beamter des auswärtigen Amtes des deutschen Reichs — das ist doch der Graf Limburg-Stürum zweifellos, wenn er auch auf Wartegeld gesetzt ist — hat es unternommen, nicht nur die allgemeine Politik der Regierung, sondern ganz besonders die auswärtige Politik, also die Politik der Amtsstelle, der er unmittelbar untergeordnet ist, öffentlich mit seiner Namensunterschrift in der „Kreuzzeitung“ einer höchst abfälligen Kritik zu unterziehen. Er hat seinen amtlichen unmittelbaren Vorgesetzten nicht etwa in der berechtigten Ausübung seines Mandats als Landtagsabgeordneter, sondern außerhalb derselben vorgeworfen, daß sie in Sachen der Handelsverträge das politische und wirtschaftliche Gebiet vermengt hätten, daß sie sich von Österreich hätten übervorteilen lassen und durch ihre Politik die Meinung von der politischen Stärke Deutschlands im Inlande und im Auslande von ihrer frühern Höhe herabgedrückt hätten.

Wir meinen, daß es allen denen, die sich ihren Blick nicht durch Parteiinteressen haben trüben lassen, nicht zweifelhaft erscheinen kann, daß ein derartiges Verhalten eine Ahndung erheischt, und daß eine Regierung, die den Namen einer Regierung verdienen will, nicht nur das Recht, sondern im öffentlichen Interesse die unabweisbare Pflicht hat, solche Äußerungen der Disziplinlosigkeit unnachsichtlich zu verfolgen. Um so trauriger berührt es aber, wenn man wahrnehmen muß, daß sich in dem weiten Gebiete der deutschen Presse, von einigen offiziellen und daher nicht mitzuzählenden Äußerungen abgesehen, auch nicht eine Stimme erhebt, die das Vorgehen der Regierung von einem höhern Standpunkte als dem des Nutzens oder Schadens für die eigne Partei betrachtet.

Unser moderner verfassungsmäßiger Staat ist ohne politische Parteien natürlich undenkbar, sie sind unentbehrlich, und wir wollen nicht verkennen, wie viel des Guten aus ihrem Kampfe, aus dem Für und Wider der politischen Ansichten hervorgegangen ist. Ein Thor, der sie verwünschen und sich nach den Zeiten des absoluten Staates und der Herrschaft der Bürokratie zurückkehren wollte! Aber sie mögen nicht vergessen, daß es Grundfragen der Gerechtigkeit und des öffentlichen Wohles giebt, in denen nur eine Partei zu sprechen hat, die höher steht als sie alle miteinander: die Partei der ehrlichen Männer. Eine öffentliche Meinung, in der diese Partei nicht am rechten Orte ihr gebieterisches: Quos ego! spricht, ist ungesund, und das Ende wäre der allgemeine Zusammenbruch. Hätten wir uns vor französischen Zuständen! Wir sind in der Verwechslung der Begriffe von Gerechtigkeit und politischem Vorteil hie und da schon auf die schiefe Ebene gekommen.

Ein Zeitungsjubiläum. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bildete das Haus des Buchhändlers Johann Jakob Korn in Breslau den geselligen Mittelpunkt der dortigen litterarischen Welt. Er stammte aus dem brandenburgischen Dorfe Papiß, wo sein Vater Pastor war. „Von Geburt ein Preuße, hatte er dem angestammten Herrscherhause die alte Treue auch in der neuen Heimat bewahrt und bei Friedrich dem Großen, dem nach der Besetzung Breslaus solche zuverlässige Patrioten besonders wertvoll sein mußten, sehr bald Beachtung gefunden. Korn besorgte den Abdruck der preussischen Plakate, Patente u. s. w., durch seinen Buch-

laden wurden die Nachrichten über das Vorrücken der preussischen Truppen eifrig verbreitet; von ihm aus ward ihre erste Waffenthat, die Erstürmung Glogaus am 9. März 1741, verkündet, und am 11. April Nachmittags brachte die in der Kornschen Buchhandlung erschienene »Vorläufige Relation eines vornehmen preussischen Offiziers« den erstauten Breslauern die Meldung von der gewonnenen Feldschlacht zu Mollwitz.“ Wenige Tage darauf erschien der vom Könige selbst verfaßte längere Bericht unter dem Titel *Lettre d'un officier prussien*. Die Relationen, denen sich im Laufe des Sommers weitere anschlossen, „waren gleichsam die ersten zwanglos erscheinenden Nummern der Schlesiſchen Zeitung, zu deren Herausgabe der »Buchführer« Johann Jakob Korn noch in demselben Jahre ein Privilegium erbat und erhielt. Am 3. Januar 1742 erschien die erste Nummer der »Schlesiſchen Privilegirten Staats-, Kriegs- und Friedens-Zeitung.«

Am 150. Jahrestage dieses nicht bloß für das Kornsche Haus, sondern auch für die Provinz Schlesien und für das deutsche Zeitungswesen wichtigen Tages hat der Verlag die Geschichte des Blattes in einem schön ausgestatteten Bande von 316 Seiten Lexikon-Ordnung herausgegeben. Eine genaue Nachbildung der ersten Nummer, sowie eine der Nummer vom 20. März 1813 ist dem Jubiläumsbande beigegeben. Diese Nummer von 1813, die den Aufruf Friedrich Wilhelms III. „An Mein Volk“ enthält, bezeichnet, wie der Herausgeber, Karl Weigelt, sagt, den höchsten Ehrentag in der Geschichte der Schlesiſchen Zeitung. „In einer ruhmreichen, von gewaltigen Ereignissen bewegten Zeit ins Leben gerufen, ist die Schlesiſche Zeitung ebenso Zeuge der tiefen Demütigungen gewesen, die im Beginn des folgenden Jahrhunderts dem sieggekrönten Preußen nicht erspart blieben, wie sie der Herold seiner begeisterten Erhebung war, und sie hat nach den folgenden Jahrzehnten innerer und äußerer Kämpfe die Erstehung Deutschlands als neues Kaiserreich unter hohenzollerschem Szepter in ihren Blättern verzeichnen dürfen. Daß sie aber in guten und bösen Tagen die Treue bewahrt hat, in deren Anerkennung der erste, in Breslaus Mauern einziehende Preußenkönig ihr Recht und Schutz verlieh, davon zeugt ihre einhundertfünfzigjährige Geschichte.“ Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß sie zu den Blättern gehörte, die Bismarcks Politik aus Überzeugung vertreten haben.

Indem der Jubiläumsband aus dem Inhalt einzelner Jahrgänge Charakteristisches und Wichtiges hervorhebt, wird er zu einem Quellenwerk für die politische und Kulturgeschichte. Namentlich die Nachrichten aus Paris während der Revolution sind wichtig, weil sie von Johann Gottlieb Korn stammen, dem Enkelsohne des Begründers der Zeitung, der sich, nachdem die Geschäftsverbindungen mit Frankreich immer schwieriger geworden und endlich ganz abgebrochen worden waren, 1789 selbst nach Paris wagte, um die Schlesiſche Zeitung mit zuverlässigen Nachrichten zu versorgen. Diese enthalten so manches, was unter der Schreckensherrschaft auf keinem andern Wege über die Grenze gelangen konnte, so z. B. die letzten Worte der Königin Marie Antoinette vor dem Revolutionstribunal. Wunderlich klingt die Bemerkung auf Seite 90, wo von dem Bericht über die Wahl Leopolds II. zum Kaiser die Rede ist: „Nicht uninteressant und wohl nur aus Schillers Graf von Habsburg allgemeiner und oberflächlich bekannt ist die Schilderung der Funktionen der Erbämter.“ Meint der Verfasser, daß Goethes Wahrheit und Dichtung nicht oder nicht mehr allgemein bekannt sei? Möglich wäre es schon, leider! Das Blatt erfreute sich, wie die mitgeteilten Stellen beweisen, stets einer vortrefflichen Leitung und zeichnete sich namentlich durch ein gesundes, unabhängiges, über den Parteileidenschaften und den Strömungen des Augenblicks stehendes

Urteil aus. Menschlichkeiten kommen überall vor, und lieft man ein Blatt vierzig Jahre lang, ohne sein Urteil von ihm abhängig zu machen, so hat man wohl ab und zu Anlaß, verdrießlich zu werden, aber wenn der Inhalt im allgemeinen so gediegen bleibt, wie in diesem Falle, dann führen solche Mißbelligkeiten zu keinem Divortium. Möge die Schlesische Zeitung noch weitere 150 Jahre den Ruhm des Vaterlandes zu verkünden haben und eine reiche, gesunde und kräftige deutsche Kultur wiederzuspiegeln finden!

Zur Universitätsreform. Die offiziellen Ferien der preussischen Universitäten dauern vom 15. März bis zum 15. April, und vom 15. August bis zum 15. Oktober. Über diese Zeit hinaus sind sie aber vom „Ujus“ derart erweitert worden, daß die Osterferien thatsächlich sechs bis sieben, die Herbstferien gegen zwölf Wochen dauern. Wirkliche Übelstände hat nun diese Ausdehnung nicht gezeigt, denn die Professoren haben nicht nur die Pflicht, Vorlesungen zu halten, sondern auch an der Förderung der Wissenschaft thätigen Anteil zu nehmen, und die fleißigen Studenten wissen sehr genau, daß die Ferien eine vorlesungsfreie Zeit sind, die nicht bloß zum Dummeln da ist. Wer es fertig bringt, seine Ferien um die Ohren zu schlagen, wird im Semester erst recht nicht arbeiten. Seit einiger Zeit hat sich aber der Reformgeist auch hier gezeigt. Ein Teil des Publikums, das seine Kenntnis des akademischen Lebens wesentlich aus den fliegenden Blättern schöpft, ist der Meinung, es sei ein unerhörter Zustand, wenn die Professoren fünf Monate hindurch täglich schon um zehn Uhr früh vor Langerweile an den Fensterscheiben trommelten und Studenten zu wahren Tagesdieben würden. Es ist das auch im Parlament zur Sprache gekommen, und so haben wir alles Ernstes eine Universitätsreformfrage, bei der man mit besondrer Vorliebe auf die alles Maß überschreitenden Vorrechte des Professorenstandes hinweist. Im Grunde ist es nur ein Ansturm gegen diese vielbeneideten vermeintlichen Vorrechte. Daß es sich um Stätten alten Kulturlebens handelt, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe diese „Vorrechte“ bedürfen, daß die geschichtliche Eigentümlichkeit unserer Universitäten die Bedingung ihrer doppelten Pflichterfüllung ist, kümmert die Reformen wenig. Als Bürgen des alten deutschen Individualismus, die in schweren Zeiten dem deutschen Geiste eine Zuflucht geboten haben, ragen unsre Universitäten mit ihrer charaktervollen Eigentümlichkeit in unsre moderne Zeit herein. Aber was nicht dem Geiste der Mietkasernenzeit entspricht, das ist alles veralteter Pops, und dieser Geist möchte gern diese alten Besten erschüttern, die doch dem schalen Ausgang unsers Jahrhunderts notwendiger sind als jeder andern Zeit. Leider hat der preussische Kultusminister dem Drängen des Publikums nachgegeben und durch einen Erlaß, der sich auf die Klagen über verspäteten Anfang der Vorlesungen beruft, die Ferien stark verkürzt. Gegen eine weitergehende Neuordnung der Ferien haben sich fast alle — vielleicht alle — Universitäten erklärt, aber auch von jenem Erlaß vermögen wir uns für die Wissenschaft keinen Nutzen zu versprechen, solange man die deutsche Jugend nicht in Konvikte sperrt und Aufgabenbücher führen läßt, was den Hochschulen den Todesstoß versetzen hieße. *)

*) Übrigens scheint es, als ob sich die Studenten zu helfen wüßten. Der Trommelwirbel, den die Zeitungen geschlagen haben, hat allerdings bewirkt, daß sich die Studenten diesen Winter für manche Vorlesungen früher als sonst einfanden. Man soll aber den Tag nicht vor dem Abend und das Semester nicht vor seinem Ende loben. Eingeweihte wollen

Es ist nun erfreulich, aus Professor Flemmings*) kürzlich erschienener Zusammenstellung zu ersehen, daß die deutschen Universitätsferien gar nicht so sehr gegen die des Auslandes abstechen, ja in Deutschland sogar noch kürzer als in verschiedenen andern Ländern sind. Diese Länge muß also doch wohl durch die Verhältnisse geboten sein. Im übrigen können wir freilich Flemmings Schriftchen, das weder Hörner noch Zähne hat, keinen Geschmack abgewinnen. Der Verfasser vertritt keine Ansicht mit klarer Entschiedenheit. Er wünscht das eine und ist auch kein Feind des andern. Die jetzige Lage der Ferien ist nach seiner Meinung nicht gesund; er würde gern verschiedene Abstriche zugestehen, wenn nur die Semester gut lägen, und eine solche günstige Lage scheint ihm die Zeit von Mitte September bis 21. Dezember und von Neujahr bis Mitte Juni zu sein. Das klingt ganz hübsch, paßt aber recht wenig zu der akademischen Freizügigkeit auf den deutschen Universitäten, die einer unsrer schönsten Vorzüge ist und den Studenten Umschau im Vaterlande, Bekanntschaft mit Land und Leuten ermöglicht. Dann ginge man also im Januar nach Heidelberg und kehrte heim, wenns dort gerade recht wohnig wird, oder Bruder Studio ginge im Herbst nach Berlin und zöge wieder von dannen, ehe er die Freuden des Karnevals gekostet hätte. (Ist das nötig?)

Unsre Semestereinteilung folgt der Zweiteilung des Jahres in Sommer und Winter; das ist für uns das Natürliche, und das Natürliche ist hier das Vernünftige. Davon abzugehen verspricht keinen sichtbaren Nutzen. Freilich, Flemming meint, daß diese Lage „unsre Hörer während der blühendsten und wärmsten Monate in die Hörsäle banne und uns dafür mit sechs Ferienwochen beschenke, welche unser Himmel wahrlich mehr zur Arbeit als zur Erholung einzurichten pflege.“ Wir sind ganz anderer Meinung. Wir haben bisher immer die armen Gymnasiasten bedauert, denen seit Jahren ihre Ferien zu verregnen pflegen, während August und September bekanntlich die schönsten und klarsten Tage bieten. Daß die Zahl der Hörer vom Juni an sinkt, mag schon richtig sein. Das kommt aber weniger von der Hitze — in den letzten Jahren sicher nicht —, als von dem Naturgesetz der menschlichen Trägheit, das auch im Februar, wo sicher keine Hitze ist, die gleiche Wirkung übt. Die veränderte Lage hätte auch den Nachteil, daß das Ostersfest mitten ins Semester fiel. Gerade Ostern ist ein Familienfest, denn die Zeit ladet nicht wie Pfingsten zum Genuß der Natur, sondern zur Heimkehr ein; Brüder und Verwandte kommen. Setzt man als Osterferien die Zeit vom Karfreitag bis zum dritten Feiertage fest, so wird der Student sicherlich noch ein paar Tage zugeben, und er müßte ein großer Philister sein, wenn er nicht die ganze Woche am väterlichen Tische seine Finanzen aufbesserte.

Ganz besonders wünscht Flemming, daß die Professoren in der Lage sein möchten, die Ferien mit ihren schulpflichtigen Kindern zusammen zu verleben. Wer hätte diesen Wunsch nicht? Wir wollen aber auch die andre Seite betrachten. Die Sommerferien sind jetzt schon zur Zeit der Schulferien überfüllt. Durch Professoren und Studenten würde es noch voller, das Vergnügen noch zweifelhafter, die Hotelpreise würden noch unverschämter werden. Wir glauben nicht, daß allen Professoren damit gedient sein würde. Nicht alle sind ja Mediziner; die meisten leben in bescheidenen Verhältnissen und sind durchaus nicht in der Lage, die Preise

wissen, daß die Studenten schon am 19. Dezember in hellen Haufen von dannen führen, und verschiedene Professoren am 21., also am Montag vor dem Feste, kein Auditorium mehr hatten. Das hätte man vorher wissen können.

*) Die Universitätsferien bei uns und im Auslande. Von Walther Flemming, Professor in Kiel. Braunschweig, 1891.

der „Hochsaison“ zu erschwingen. Sie sind froh, wenn sie ihre Familie schicken können.

Das sind so einzelne Ausstellungen, die wir machen müssen; sie erschöpfen nicht, was wir gegen Flemmings Vorschlag zu sagen hätten, aber alles zu erörtern hieße ihnen mehr Bedeutung beilegen, als sie haben. In Summa glauben wir, daß man die Universitätsreform mit einer Verkürzung der Ferien am falschen Ende anfangen würde. Ob man die Ferien vierzehn Tage weiter vorschiebt oder nicht, ist gleichgültig. Verschlechtert wird dadurch vielleicht nichts, aber auch nichts gebessert.

Übrigens sind auch wir der Meinung, daß mancherlei zu reformieren sei. Es giebt sogar recht wunde Punkte. Wenn man den Etat der preußischen Universitäten zur Hand nimmt, zeigt sich z. B. eine solche Bevorzugung der Universität Berlin, daß man in der Gründung dieser Hochschule geradezu einen Nachteil für die andern preußischen Universitäten erblicken muß. Von den zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln fällt ihr der Löwenanteil zu, alle andern preußischen Hochschulen erscheinen tatsächlich als zweiten Ranges. In demselben Grade aber wie die Bedeutung Berlins gesteigert wird, sinkt das geistige Leben in der Provinz, so weit die Universität dessen Mittelpunkt ist. Die Dozenten drängen sich dorthin, die Studenten, schon an und für sich von der Großstadt gelockt, folgen nach; daraus folgt die Notwendigkeit von Neubauten, und so geht es weiter. Da Berlin nicht nur die höchsten Gehalte, sondern, was oft noch mehr besagt, auch z. B. sehr hohe Kollegengelder bietet, so werden die andern Universitäten Versuchssituationen für Berlin, und in Berlin entwickelt sich eine Art von Primadonnenkultus.

Ein andrer Punkt ist folgender. Medizin und Naturwissenschaften haben dem Zuge der Zeit entsprechend an den Universitäten eine Berücksichtigung erfahren, die alles verschwinden läßt, was für die humanistischen Disziplinen geschieht, und das Gleichgewicht der Kräfte entschieden stört. Auch hier thut Abhilfe not, wenn nicht das Ganze endlich Schaden nehmen soll.

Noch ein Punkt, aber nicht der letzte! Der medizinische Dokortitel ist, statt der Lohn eines schwierigen Examens zu sein, nur noch eine Arabeske, die den praktischen Arzt zieren soll, der Wissenschaft aber gar nicht dient. Auch diesen Punkt möchten wir den Reformern bestens empfohlen haben.

Zur Behandlung der Schulfrage in Preußen. Auf die Dezemberkonferenz des Jahres 1890 folgten die Reisen und die Beratungen der Sieben. Inzwischen wechselte die Person des preußischen Kultusministers. Doch gingen bereits unterm 22. Juli 1891 die Probepläne des Ministeriums den Provinzialschulkollegien zu; der Erlaß trug die Überschrift „Vertraulich.“ In Brandenburg besann sich das Schulkollegium mehrere Monate, bis es den einzelnen Lehrerkollegien die Pläne bekannt machte, wobei es nicht versäumte, die Vertraulichkeit noch einmal besonders einzuschärfen. Nun aber, Ende Oktober, hieß es: Alle Mann auf Deck! Jede einzelne Anstalt hatte auf Grund eingehender Fachkonferenzen Speziallehrpläne auszuarbeiten und bis zum 15. Januar 1892 einzureichen. Aber noch ehe dieser Termin herangekommen war, am 12. Januar, erschienen plötzlich im Buchhandel Lehrpläne und Lehraufgaben für die höhern Schulen nebst Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Die Amtlichkeit war durch einen preußischen Adler auf dem Titelblatt angedeutet, sonst fehlte jede Angabe über Herkunft und Charakter der neuen Pläne. Wir fragen: Warum erst jetzt, statt im Juli? und warum die Vertraulichkeit? die übrigens die Regierung

selber, nach einer immer mehr um sich greifenden Methode, weder vollständig wahrte noch vollständig aufgab. Und wenn diese Vertraulichkeit ihre Gründe hatte, warum nun plötzlich die Veröffentlichung der endgiltigen Pläne? warum schon jetzt? Durch die feierlichen Erklärungen in der Dezemberkonferenz, wonach in den Stundenplänen und in dem Unterrichtsbetriebe der einzelnen Schulen je nach den besondern Bedürfnissen fortan eine größere Freiheit und Mannichfaltigkeit walten sollte, und durch die Bezeichnung der Pläne vom 22. Juli als Probepläne durften sich die einzelnen Lehrerkollegien aufgefordert fühlen, nun über die besondern Bedürfnisse ihrer Schulen nachzudenken und ihre Wünsche zu formuliren. Auch hatte die Vertraulichkeit doch nur dann einigen Sinn, wenn das Ganze als ein vorläufiger Entwurf galt, der hinter verschlossenen Thüren nur desto rückhaltloser kritisiert sein wollte, kritisiert von den am meisten sachverständigen, jedenfalls am meisten beteiligten, den mitten in der täglichen Praxis stehenden Direktoren und Lehrern. Freilich, ob hiermit die Verhängung des Amtsgeheimnisses richtig gedeutet war, oder ob sich nicht vielmehr die bürokratische Angst vor dem frischen Wind öffentlicher Erörterungen hinter das Amtsgeheimnis flüchtete, darüber war nicht ins reine zu kommen. Jedenfalls verhielten sich die Behörden auf mündliche und schriftliche Anfragen, wie weit es sich bei den Probeplänen um Vorschläge und wie weit um Vorschriften handle, so zweideutig als möglich. Es wußte daher niemand, woran er war. Manche Kollegien hielten die Pläne, mit Ausnahme etwa der Flüchtigkeitsfehler, für unabänderlich, schalteten im geheimen, „vertraulich“, ließen sich jedoch amtlich die Vorlage in allem wesentlichen gefallen. So kamen sie fast ohne Konferenzen aus, während andre es auf fünfzig Stunden Konferenzen brachten, was für manche Referenten noch eine ebenso lange Zeit der Vorbereitung bedeutete. Galt es doch langgehegter Wünsche sich lebhafter bewußt und vielleicht dauernd froh zu werden. Es war eine Art Mobilmachungszeit. Was nicht unmittelbar dem einen großen Zweck diente, trat zurück. Und wenn ganze Tage und halbe Nächte mit der einen Arbeit draufgingen, es lohnte doch hundertfältig, wenn man damit sich und seinesgleichen, vielleicht für viele Jahre, die Wege bahnte. Und nun? Über Nacht, noch ehe die Berichte auch nur abgegangen sind, erscheinen mit tausend bindenden Vorschriften die amtlichen Lehrpläne. Auf dem Titel steht die Jahreszahl 1891; nach einer Zeitungsmeldung hätte sie am 29. Dezember 1891 der König bestätigt. Doch da sie selbst hierüber nichts verraten, so wäre es immer noch denkbar, daß sie noch nicht das letzte Wort der Regierung enthielten, daß sie nur schnell als Entwurf wären gedruckt worden, um den Abgeordneten, deren Sitzungen noch in derselben Woche beginnen sollten, zur vorläufigen Orientirung zu dienen. Denkbar wäre das ja, doch ist es wenig wahrscheinlich angesichts der genauen Bestimmungen, die nun endlich (Seite 68 der Lehrpläne) über die etwa zulässigen Abweichungen gegeben werden. Während wir dies schreiben, wird durch die Zeitungen eine Zirkularverfügung des Ministers bekannt mit einer neuen allgemeiner gehaltenen Unterscheidung dessen, was in den Plänen bindend sein soll und was nicht.

Auf diese und andre Bestimmungen hier einzugehn, müssen wir uns versagen, da es uns heute nur darauf ankommt, der tiefen Verstimmung Ausdruck zu geben, die sich eines großen und nicht des schlechtesten Theiles der Gymnasiallehrer bemächtigt hat. Die preußischen Gymnasiallehrer sehn sich nach all den Mißhandlungen der letzten Jahre nun auch noch genasführt, durch unklare Weisungen geäfft und zu zwecklosen Arbeiten verurteilt. Den Gipfel erreichte diese Zwecklosigkeit überall da, wohin die Verfügung vom 22. Juli nicht in ihrem ganzen Wortlaut

gedrungen war. Hier findet sich, wie wir jetzt am Ende aller der sauern Arbeit erfahren, die Bestimmung, daß „bis auf weiteres die an den einzelnen Schulen eingeführten Lehrbücher fortgebraucht,“ neue jetzt und einstweilen überhaupt nicht eingeführt werden sollen. Der Auszug, den das Brandenburger Schulkollegium aus dieser Verfügung mitteilt, enthielt hiervon nichts. So haben sich denn einzelne Anstalten mit eingehenden Rezensionen von Grammatiken, Lese- und Übungsbüchern befaßt, eine interessante Beschäftigung, wenn man nichts andres zu thun hat. Aber zu solchen Beschäftigungen gezwungen zu sein in Zeiten heißester Arbeit, durch bloße Fahrlässigkeit der Behörde, die nun auf all die fein abgewogenen Urteile und tief begründeten Vorschläge mit einem leichten Achselzucken antworten wird, das erbittert.

Wofür wir also vergeblich nach Gründen suchen, ist kurz folgendes: 1. Warum sind die Probepäne vom 22. Juli nicht Ende Juli in den Händen der Direktoren gewesen? 2. Warum hat der Minister die Bestimmung über das zulässige Maß der Abweichungen vom allgemeinen Lehrplan, desgleichen über die Lehrbücher nicht vor Beginn statt nach Abschluß der Fachkonferenzen bekannt werden lassen? 3. Warum hat die Regierung die allgemeine Konfusion noch verschlimmert durch Verhängung des Amtsgeheimnisses über die doch völlig unpolitischen Fragen der Unterrichtstechnik? 4. Warum hat der Minister mit der Herausgabe der endgiltigen Pläne nicht gewartet, bis die Berichte der Provinzialschulkollegien über die besondern Wünsche der einzelnen Lehrerkollegien eingelaufen waren?

Nichts gefährdet die Disziplin mehr, als Undeutlichkeit und Unklarheit der Befehle. Wenn man nicht genau weiß, was der Befehlende will, und wenn die Befehle gar den Eindruck der Willkür machen, so gewöhnt man es sich leicht ab, die Willensäußerungen der Behörde ernst zu nehmen.

Beim Blättern in den Dezemberverhandlungen stoßen wir auf eine Anordnung des Staatsministeriums, wonach die Zöglinge der Lehrerseminare in den elementaren Grundsätzen der Volkswirtschaft zu unterweisen sind. Wenn bei diesem Unterricht die Frage gestreift wird, welchen nationalökonomischen Wert durchschnittlich die geistige Arbeit eines kräftigen Mannes darstellt, so empfiehlt sich als lehrreiches Beispiel von Vergeudung nationaler Arbeitskraft die Behandlung der Schulfrage in Preußen während des Jahres 1891, insonderheit die monatelange Beschäftigung der Lehrerkollegien mit Referaten, Konferenzen und Protokollen — für den Papierkorb. Heute ist die Arbeitsfreudigkeit der Regierungs- und Lehrerkollegien noch unverwundlich. Heute! Wird aber dies Verfahren fortgesetzt, gewöhnen sie sich erst daran, die Dinge leichter zu nehmen, dann aber Preußen! Trotz aller hohen Worte wird man in den bald zaudernden, bald sich überstürzenden Maßnahmen einer nervös gewordenen Regierung nichts andres sehn als eine Anleitung zur Trivoltität.

William Preyer. Herr Preyer hat wieder einmal seine Schulreformrede aufgesagt. Das erstemal geschah es — er selber hat uns das Datum aufbewahrt — am 19. September 1887 vor der Naturforscherversammlung in Wiesbaden. Diesmal lauteten ihm die Berliner Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Verbandes. Die Naturforscher und Ärzte haben ihm lauten, langanhaltenden Beifall gespendet, den Berliner Vortrag beeilt sich ein Berliner Wochenblatt der Welt mitzuteilen. Herr Preyer findet also Beifall und Anerkennung — wir untersuchen nicht: bei wem? aber es interessiert uns doch: womit?

„Wir müssen abgehen von dem ganz überflüssigen Hängen an pedantischen

alten Gewohnheiten, die durch den übertriebenen griechischen und lateinischen grammatikalischen Unterricht hervorgebracht worden sind.“ Dies darf man nachgerade wohl eine Trivialität nennen. „Das Studium des Griechischen gewährt einen großen ästhetischen und intellektuellen Genuß, ist aber kein geeigneter Gegenstand für den obligatorischen Unterricht für zwölf- bis achtzehnjährige Knaben und Jünglinge, die Regierungsbeamte, Ärzte, Erzieher, Geistliche, Richter, kurz für den Staat und das Volkswohl nützliche Männer werden sollen.“ Dies ist der nackte Utilitarismus, auf deutsch der Standpunkt der armseligen Geister, die von der Hand in den Mund leben. „Bei der Erziehung des Kindes muß zuerst das Wachstum in Betracht kommen, dann die Ausbildung der Sinne, erst wenn die verfeinert sind, die methodische Willens- und Verstandesbildung beginnen, und erst wenn der Verstand da ist und die Arbeitskraft, die Ausbildung des Gedächtnisses und zuletzt das Gemütsleben.“ Was sagt man zu diesen neuen sechs Unterrichtsstufen? Und nun erst die Begründung! „Es ist nachgewiesen, daß das Gehirn des kleinen Kindes noch lange nicht fertig ist, es enthält noch gar nicht die wichtigsten Bestandteile. Erst nach Monaten findet man sie spärlich.“ Und darum? „soll man nicht so früh mit dem Bücherstudium beginnen.“ Bis jetzt werden nämlich unsre Knaben immer wieder nur mit Buchstaben beschäftigt.“ Und doch sind „die Sinnesorgane das einzige Thor, durch welches — der Mensch dem Menschen nahe tritt.“ Die Phantasie, die Fähigkeit, weit entrücktes, längst vergangenes, nie geschehnes, nimmer geschehendes sich nah und lebhaft vorzustellen, diese edelste und gefährlichste Kraft im geistigen Leben aller noch unverkrüppelten Menschen, vor allem aber des Kindes, kommt in Herrn Preyers Katechismus nicht vor. Herr Preyer ist auch der Ansicht, daß das Gedächtnis unsrer Jugend „durch Auswendiglernen von Gedichten überladen“ werde. „Und nun das Gemüt, das Herz!“ Herr Preyers Gemüt, wie seines „Freundes“ Göring, ist ganz und gar mit Patriotismus angefüllt. Während sich sonst die mit ihrer Gymnasialbildung unzufriednen, nach Herrn Preyer, „fortwährend (!) mit Umsturzgedanken beschäftigten,“ wird er mit Herrn Göring dafür sorgen, daß „der Thron noch fester stehe,“ und daß „der monarchische Gedanke festere (so!) Wurzeln fasse, als es bisher der Fall war.“ Wir haben dieser Art von Gefinnungstüchtigkeit gegenüber nur ein Gefühl: Ekel.

Das Theatermonopol Berlins. Einen höchst bemerkenswerten Beschluß hat, wie aus Frankfurter Blättern zu ersehen ist, das Stadttheater in Frankfurt a. M. gefaßt; die Leitung dieser Bühne will in Zukunft kein Stück zur Aufführung bringen von einem Verfasser, der den Zeitpunkt der Aufführung von der Bedingung abhängig macht, daß das Werk zuerst in Berlin aufgeführt werden müsse. Es ist wahrlich an der Zeit mit dem Verfahren: erst Berlin, dann die Provinz! ein Ende zu machen. Bisher hat die Reichshauptstadt den Beweis noch nicht gebracht, daß das Spreewasser für Erzeugnisse der dramatischen Kunst das allein selig machende Taufwasser sei, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird es auch nicht so bald gelingen, diesen Beweis zu bringen. Das Monopol für gewisse entartete Seitenschößlinge der dramatischen Kunst, die den größten Teil ihrer Wurzeln bereits in das sumpfige Erdreich des Tingeltangels und der „Spezialitäten“ senken, soll der Reichshauptstadt nicht mißgönnt werden. In der Provinz, womit man neuerdings an der Spree mit mitleidigem Achselzucken alles zu bezeichnen pflegt, was jenseits der Mauern der Millionenstadt liegt, hat man noch wenig Sehnsucht nach den Bühnen-Aquarien, den Bühnen-Kennplätzen oder gar nach den Ringkämpfen zwischen weiblichen Athleten, wie sie jetzt auf dem Alexander-

theater allabendlich zur Freude des Berliner Kunstsinns stattfinden; auch das Andenken an die Bühnenthätigkeit des Scharfrichters Krautz soll den Herren an der Spree nicht getrübt werden. Alle diese stolzen Blüten der reichshauptstädtischen Kunst dürfen und sollen ihr Monopol bleiben. Wenn aber Leiter der Berliner Bühnen an Dichter oder an die unentbehrlichen Erzeuger dramatischer Tagesware das Ersuchen richten, ihre Werke unter jeder Bedingung zuerst in Berlin aufzuführen zu lassen, so muß dagegen im Interesse der Kunst und im Interesse der Dichter selbst energisch Widerspruch erhoben werden. In einer Zeit, wo jeder, der an das heilige Recht der Freizügigkeit tastet, als Tempelschänder betrachtet wird, in der aufgeklärten Zentrale des Reiches, die gerade der Freiheit der Bewegung die treibenden Kräfte ihres Wachstums und Gedeihens verdankt, will man dem freiesten, dem ungebundensten, was es giebt, den Erzeugnissen der Geister eine bestimmte Marschrouten vorschreiben, will man den ohnehin schwer bepackten Dichtern noch Fußschellen anlegen, die erst dann abgestreift werden dürfen, wenn die Reichshauptstädter sich an ihren Vorführungen ergötzt haben, nur damit sie sich in dem Vollbewußtsein brüsten können, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren: nichts neues auf der Erde, was nicht in Berlin zur Welt gekommen wäre! Das ist einfach lächerlich. Mit demselben Rechte müßte man Berlin ein Verkaufrecht für Romane, für wissenschaftliche Werke, und der Himmel weiß für was alles, zugestehen. Berlin ist nicht Paris und wird und darf es nicht werden, wenn nicht die besten Kräfte unsers geistigen Lebens gefährdet und alles einer ausgleichenden langweiligen Verflachung entgegengeführt werden soll. Und nun gar die Heimat der patriotischen Surralkomödie, des leichteren und frivolen Lustspiels à la Dumas und Genossen als Preisrichter für Dramen, begabt und berufen, über Sein oder Nichtsein dieses oder jenes deutschen Dichterverkes zu entscheiden! Wer lacht da? Es ist in der That nicht zum Lachen, sondern es ist eine That-sache, wie der Erlaß des Frankfurter Stadttheaters zeigt, und zwar eine sehr traurige.

Man fragt sich billig, wie sich ein Schriftsteller zu einer solchen Beschränkung seiner persönlichen Rechte bekennen kann. In den meisten Fällen dürfte sich die Sachlage so gestalten. Der Leiter der Bühne schreibt dem Autor vor: du darfst dein Werk nur bei mir zuerst auführen lassen, oder du verzichtest auf die Ehre, in Berlin vorgestellt zu werden. Wer die Schwierigkeiten und die Mühen kennt, ein Stück überhaupt nur so weit zu bringen, daß die Möglichkeit einer Ausführung ernstlich in Erwägung gezogen wird, wird leicht begreifen, daß ein Verfasser in dem Wunsche, seine Werke überhaupt auf die Bühne kommen zu sehen, in den Händen eines geschäftskundigen Bühnenleiters weich ist wie Wachs. In Wirklichkeit dürfte für den Theaterdirektor, wenn er dieses Zugeständnis von dem Dichter erreicht, nicht viel mehr herauskommen als eine schließlich sehr flüchtige und wenig einträgliche Ehre. Denn was kann es Herrn B. in Berlin schließlich verschlagen, wenn A. oder C. in Köln oder Hamburg das Stück eher auführen? Es ist das in den meisten Fällen weiter nichts als eine thörichte Streitigkeit um den Vorrang. Seltner wird es vorkommen — aber es mag immerhin geschehen, eben in Folge des Aberglaubens an den hohen Beruf Berlins in Kunst-sachen —, daß sich ein Dichter aus freien Stücken in der Freiheit seiner Bewegung selbst einschränkt. Er würde dabei mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen, nach denen ein Erfolg in Berlin für eine ganze Reihe von Städten die beste Empfehlung eines Werkes ist, zumal wenn die Presse ihre Pauken und Trompeten zweckentsprechend handhabt. Und doch enthält diese Rechnung einen Fehler, näm-

lich den, daß das, was den Augen Berlins wohlgefällig ist, deshalb durchaus nicht auch anderwärts auf Beifall rechnen darf, und umgekehrt. Der Dichter, der bei der von ihm selbst gewünschten ersten Aufführung in Berlin einen Mißerfolg hat, schadet überdies der Zukunft seines Werkes sehr und wird kaum eine Bühne finden, die sich seines einmal verunglückten Sprößlings annimmt.

Die Hauptschuld aber daran, daß es mit dem Vororttum Berlins in Bühnensachen so weit gekommen ist, tragen die Bühnenleitungen selbst. München steht auch in dieser Hinsicht auf einem besondern Standpunkte; dort verhält man sich den Berliner Erfolgen oder Mißerfolgen gegenüber sehr kühl, man wirtschaftet auf eigne Rechnung und Gefahr und kommt dabei, wie ein Blick auf die lange Reihe von Neuheiten lehrt, die die Münchner Hofbühne in den letzten Jahren aufgeführt hat, zu sehr erfreulichen Ergebnissen. Dafür hält man in München auch eine Reihe dramatischer Dichter dauernd fest, die sich mit den Berlinern, ältern oder jüngern, sehr wohl vergleichen können, ein Vorgehen, bei dem sie freilich eine sorgfältige Auswahl treffen müssen, wenn sie sich nichts vergeben wollen. Die große Mehrzahl aller andern Bühnen hat sich freiwillig in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Berlin begeben, das durchaus zu beklagen ist. Es giebt bedeutende Theater, die kein Stück aufführen, ehe es die Feuerprobe in Berlin bestanden hat. Zur größern Erleichterung der Denkarbeit werden dann noch sachkundige Herren, Regisseure und Dramaturgen, nach der Reichshauptstadt geschickt, um die Inszenierung und die Darstellung zu studiren, und wenn diese Herren dann genau gesehen haben, wie sie in Berlin räuspern und spucken, machen sie es in K. oder N. getreulich oder besten Falls mit einigen den örtlichen Bedürfnissen entsprechenden Änderungen nach. Kein Wunder dann, wenn selbst auf Bühnen mit großen Mitteln und guten Kräften jenes frisch, frei und fröhlich aus dem Eignen schöpfende Leben erlahmt, ohne das eine Kunststätte auf die Dauer nicht gedeihen kann.

Das Vorgehen des Frankfurter Stadttheaters erscheint daher aus zahlreichen Gründen als eine That, der man nur allenthalben schleunige Nachfolge wünschen kann. Alle hervorragenden Bühnen, in erster Reihe die Hofbühnen, sollten gegen die Monopolisierungsgefühle der Berliner energisch Front machen, nicht etwa um Berlin den Ruhm zu schmälern, denn dieser Zweck wäre so vieles Aufhebens nicht wert — sondern im Interesse der deutschen Kunst, deren Reich so weit geht, als deutsche Worte laut werden. Zahlreiche Talente, die dem Berliner Geschmack nicht zusagen (was durchaus nicht als schlechte Empfehlung anzusehen ist), können nur dann zu ihrem Rechte kommen, wenn die hervorragenden Bühnen im ganzen Reiche selbständig darnach streben, sich ein eignes Repertoire von Neuheiten zu bilden.

Nochmals die Theater- und Musikausstellung. Der Aufsatz „Wiener Gemüthlichkeit“ im ersten Hefte der Grenzboten verrät solche Ungemüthlichkeit, ja einen solchen Mangel an „fortschrittlicher Gesinnung“, daß man den Verfasser nur bedauern kann. Ist er doch noch imstande, sich über ein Ausstellungsprogramm zu wundern! Zeitungen scheint er überhaupt nicht zu lesen, sonst würde er wissen, daß der „geniale Gedanke“ der berühmten Fürstin Metternich, eine Theater- und Musikausstellung in Wien zu veranstalten, überall, irren wir nicht: auch am Kongo, einhellige Begeisterung hervorgerufen hat und „in seiner kulturellen Bedeutung voll und ganz gewürdigt wird.“ Ihm wären aber für den großen Zweck einige Wochen Arbeit zu viel, und er malt sich den Zustand der

Bilder und Bücher aus, die ein halbes Jahr lang der Sonne und dem Staube ausgesetzt gewesen wären. Ja, hat er denn schon jemals gehört, daß Ausstellungsgegenstände besser zurückgekommen als abgesandt worden sind? Und von dem bloßen Anschauen der Büchertitel soll niemand einen Nutzen haben! Falls er wünschen sollte, daß die Bücher an Ort und Stelle gelesen werden könnten — dazu würde wohl Rat werden. Nötig ist es aber nicht. Gerade darin besteht, wie jedermann weiß, eine der größten „Errungenschaften der Jetztzeit,“ daß wir uns durch flüchtiges Anschauen der Außenseite der Dinge bilden, dadurch werden wir den Griechen so auffallend ähnlich, die „durch Spazierengehen gelehrt wurden.“ Ist es etwa nicht „wissenschaftlich-instruktiv“, wenn wir z. B. Mozarts Spinett, die Flöte des ersten Tamino, Paganinis Geige, sämtliche Lorbeerkränze der großen Mimen der Gegenwart u. dgl. in natura, Beethovens Haushälterin und das Wirtshaus, worin Schubert seinen Schoppen zu trinken liebte, wenigstens im Bilde kennen lernen? Übrigens wird der Ton nicht auf solche Kuriositäten oder auf Theaterzettel und Kostümbilder gelegt. Vielmehr sollen die dramatische Dichtung und die dramatische Kunst aller Zeiten und aller Völker durch Aufführungen illustriert werden, desgleichen die Geschichte der Musik; man braucht daher nur den nächsten Frühling und Sommer in Wien zuzubringen, um auf die bequemste und angenehmste Weise die ganze Entwicklung von den Widderhornkonzerten der alten Juden, der Tragödie und Komödie der Griechen bis auf Wagner, Ibsen, Sudermann und Blumenthal, von Roscius bis auf die unvergleichliche Sarah, Fritz Haase und Emil Thomas gründlich kennen zu lernen. Ein größeres Werk ist seit dem Eiffelturm nicht unternommen worden, und dafür sollten wohl einige Opfer gebracht werden!



Litteratur

Karl von Hase's Werke, 22. und 23. Halbband. Leipzig, Breitkopf und Härtel, 1891

Der erste dieser beiden Halbbände enthält die von dem großen Kirchenhistoriker hinterlassenen „Annalen“ seines Lebens. Sie sind von seinem Sohne Karl Alfred mit einem kurzen, aber lehrreichen Vorworte herausgegeben worden und bestehen aus Büchern, Tagebuchblättern, Selbstbekenntnissen und kleineren Notizen, die sich über den langen Zeitraum von 1830 bis 1890 erstrecken. Der Herausgeber hat das Ganze in drei Teile zerlegt: Jahre des Schaffens 1830 bis 1865, Höhe des Lebens 1866 bis 1880 und das letzte Jahrzehnt 1881 bis 1890.

Seine Jugendgeschichte bis zum dreißigsten Lebensjahre hat Karl von Hase selbst in den „Idealen und Irrtümern“ erzählt; eine Ergänzung dazu liefern seine „Erinnerungen aus Italien in Briefen an die künftige Geliebte.“ Die Annalen bilden gleichsam die Fortsetzung zu seiner Jugendgeschichte, sodaß wir nun ein vollständiges Lebensbild aus Hase's eigener Hand besitzen. Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Stücken ist hier und da von dem Herausgeber mit wenigen Worten hergestellt worden. Am zahlreichsten sind die Reisebriefe. In ihnen offenbart sich auch am deutlichsten die tiefe Welt- und Menschenkenntnis des großen Gelehrten, seine Liebe